

12. April 2010
 Rheintalbahn (RTB)

Offener Brief an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und die Landesregierung Baden-Württemberg (Land B-W)

Am 31. März antwortete der Parlamentarische Staatssekretär Andreas Scheuer für das BMVBS der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages auf deren Kleine Anfrage vom 03.03.2010. Einige Antworten sind beispielhaft für den Umgang der Regierung mit dem Souverän, nämlich den Abgeordneten, und dem einfachen Provinzvolk, das sind wir Bürger, die Ober-/Bürgermeister, Landräte, die Regionalverbände – und nicht zuletzt unsere Landesregierung!

Die Antworten und ihre Widersprüchlichkeit in verkürzter Form:

1. Zur Abschaffung des Schienenbonus (Koalitionsziel!) will „die Bundesregierung konkrete schutzbedürftige Situationen und die Wirkung auf den Menschen betrachten und innerhalb der finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigen“. Einen Zeitpunkt mag sie nicht angeben. Zur Erinnerung: Ein Parlament und die daraus gebildete Regierung ist nur auf vier Jahre gewählt. Eine Verschiebung von Wahlversprechen und der Ziele der Koalitionsvereinbarung auf einen Zeitpunkt danach ist aus unserer Sicht ein Betrug am Wähler.
2. Zur Frage der aktuellen Schienenkapazitäten der RTB und zum Tunnel bei Rastatt (5 km Länge, 600 Mio. €) antwortet die Regierung, dass sie nichts weiß, da die DB AG zuständig ist, widerspricht sich aber in der Antwort mit dem klaren Schluss, dass der Tunnel kein Engpass und bis auf Weiteres entbehrlich ist! „Die Aussagen der DB besitzen keine Relevanz mehr“.
3. Zur Frage der Mehrkosten für besseren Schallschutz bei BADEN 21 stellt das BMVBS fest, dass die „Abschätzung der Kosten für Lärmvorsorge ... kaum möglich“ ist, bezieht sich aber gleich im nächsten Satz auf die Berechnungen der DB „auf über 900 Mio. € Mehrkosten aller geforderten Maßnahmen“. Wie kann die Bahn der Politik diese Zahl als seriös vorlegen, wenn sie nicht einmal den Schallschutz berechnen kann? Wie bahngläubig muss eine Regierung sein, die widersprüchliche Zahlen der Bahn ungeprüft nachbetet?
4. Zur Frage nach Gewicht des Projektbeirates und der Rolle des BMVBS darin antwortet dieses: „Die Bundesregierung sieht sich gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg als Mediator zwischen den Interessen des Planungsträgers DB Netz AG und den Vertretern der Region ... Das Handeln aller Beteiligten hat



www.mut-im-netz.de



www.igel-breisgau.de



www.bi-bahn.de



www.bi-bahnlaerm.de



www.abatra.de



www.bi-bahntrasse.de



www.bilb-weil.de

sich jedoch an den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu orientieren“.

Für uns sind diese Antworten keine Überraschung, denn sie gleichen haarscharf den seit Jahren vorgestanzten Texten dieses Ministeriums. Und wer da dachte, die neue Regierung lasse neue Hoffnung keimen hat nun seine Lehre bekommen. Wir auch.

Denn was heißen diese Antworten im Klartext?

5. Die Abschaffung des Schienenbonus steht für die Regierung überhaupt nicht zur Debatte, denn so wie schon die Begründung für die Einführung des Bonus vor 30 Jahren unwissenschaftlich und rein fiskalischer Natur war, so steht heute wieder der Finanzvorbehalt an oberster Stelle. Der Ordnungsgeber kommt der Verpflichtung, die Fortentwicklung der Lärmwirkungsforschung zu beobachten, insoweit den Schienenbonus unter Kontrolle zu halten und zu gewichten, nicht nach. Schon vor sechs Jahren hat das Ministerium eine Studie zur Überprüfung in Auftrag gegeben – bis heute liegen die Ergebnisse nicht vor.
6. Die Antworten zu den Kapazitäten auf der Schiene und zur Priorität des Tunnels in Rastatt (der seit 10 Jahren planfestgestellt ist!) verdeutlichen, dass das BMVBS tatsächlich keine Schienenpolitik nach Prioritäten betreibt, sondern über Projekte nach Kassenlage entscheidet. Politik von der Hand-in-den-Mund. Und sie zeigt auch wieder, wie gut sich die organisierte Unverantwortung zwischen DB AG und BMVBS (mit Eisenbahnbundesamt) gebrauchen lässt, um die Parlamentarier und die Betroffenen am Nasenring durch die Manege zu führen. Bis diese dann entnervt aufgeben. Denn einerseits ist es weder der Bahn noch der Regierung möglich, Kosten für Lärmschutz zu ermitteln, andererseits fällt es der DB nicht schwer, ohne bisher jemals in konkreten Fällen überprüfbare Zahlen angeben zu können, in schöner Regelmäßigkeit die Kosten für den Bahnausbau der RTB (aktuell um 1,3 Mrd. auf 5,7 Mrd. €) anzuheben. Einfach so und im gesetzlichen Rahmen und im Einklang mit der Haushaltsordnung!
7. Das tollste Stück, das sich das BMVBS – die Bundesregierung wohlgermerkt! – leistet, ist die Umdeutung des Projektbeirates: Dieser wurde von den Spitzen des Landes B-W (MP Oettinger) und dem BMVBS (Tiefensee) ausgehandelt. Bewusst sollte es ein Gremium sein, das Kompromisse und Lösungen vorschlägt, die über das gesetzliche Minimum an Lärmschutz hinausgehen würden. Diese Ergebnisse sollten dann in Spitzengesprächen zu Vereinbarungen der jeweiligen Kosten-Beteiligung führen, nicht im Projektbeirat selbst, weil dieser keine Entscheidungs- und Finanzkompetenz hat. Und nun ist dieser Salto rückwärts aus der federführenden Verantwortung in die Rolle des Mediators (neutraler Mittler) ein richtiger Skandal, der in dieser Antwort der Regierung steckt!

Wenn nur der bestehende gesetzliche Rahmen nach Meinung des BMVBS als Plattform dient, dann ist der Projektbeirat auch nur als Alibiveranstaltung gedacht. Schön, dass die Larve endlich fällt, wir sparen uns dann die unnötig vielen und arbeitsintensiven Gespräche in der Region und in Berlin. Und wenn der Verkehrsminister sich nicht als Partei, sondern als Mediator in diesem Gremium sieht – dann braucht es ihn nicht. Denn diese Ämter strebt man doch wohl an, um Politik, Ziele und Inhalte zu gestalten, nicht nur überkommene und dazu noch höchst fragwürdige Gesetze zu verwalten! Sehr aufschlussreich ist diese Antwort also.

Das BMVBS muss sich fragen lassen, ob es in Abstimmung und Übereinstimmung mit Ministerpräsident Mappus, Frau Ministerin Gönner und Finanzminister Stächele geantwortet hat, dass diese sich lediglich als Mediatoren fühlen. Das würde der bisherigen Geschäftsgrundlage für die Region widersprechen. Die Landesregierung hatte sich doch vor einem guten Jahr hoch offiziell hinter die sechs Kernforderungen der Region gestellt und versprochen, diese mit dem ganzen bundespolitischen Gewicht des Landes in Berlin zu verhandeln. Sollen Zweifel an dieser Aussage gesät werden?

Wir müssen deshalb unsere Bitten an das Land und die Verantwortlichen der Region wiederholen:

Sie, die Landräte, Regionalverbände, Bürgermeister und Oberbürgermeister müssen mit Nachdruck initiativ werden und aus diesem Anlass

- Klarheit verlangen von der Landesregierung, wie sie ihre Rolle sieht, ob es zu dieser Formulierung „Mediator“ des BMVBS eine Abstimmung gab, sie sich also vom Bund dermaßen entmündigen lässt, dass sie nur schlichten darf und keine eigenen Interessen einbringen soll (außer Geld), oder ob sich das Land B-W weiterhin als eine Partei mit und für die Region sieht;
- auf einem Bahngipfel hier in der Region mit der Landesregierung bestehen, um die Bedingungen für die weitere Arbeit im Projektbeirat gemeinsam zu definieren;
- über alle verfügbaren politischen Kanäle in Berlin eine Öffnung des Verhandlungsrahmens verlangen, denn ohne diese Öffnung macht der Projektbeirat keinen Sinn.

Und für eine reine Alibiveranstaltung sollten wir uns alle zu schade sein.

Mit freundlichen Grüßen



Adalbert Häge
BI IGEL e.V.



Manfred Wahl
BI Bahntrasse e.V.



Georg Binkert
BI Bürgerprotest
Bahn e.V.



Dr. Roland Diehl
BI MUT e.V.

Anlage

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ute Kumpf, Uwe Beckmeier, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter der Fraktion der SPD „**Ausbau der Rheintalbahn**“ - Drucksache 17/933

Verteiler

Herrn
Dr. Peter Ramsauer, MdB
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Herrn Staatssekretär
Prof. Klaus-Dieter Scheurle
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Herrn Parl. Staatssekretär
Dr. Andreas Scheuer, MdB
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Herrn
Stefan Mappus, MdL
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
Staatsministerium
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Frau
Tanja Gönner, MdL
Ministerin für Umwelt und Verkehr
des Landes Baden-Württemberg
Kernerplatz 9
70182 Stuttgart

Herrn
Willi Stächele, MdL
Minister für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg
Schlossplatz 4
70137 Stuttgart

Herrn Staatsminister
Helmut Rau, MdL
Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
Stuttgart

Herrn Regierungspräsident
Julian Würtenberger
Regierungspräsidium Freiburg
Basler Hof
79083 Freiburg

Herrn Bürgermeister
Otto Neideck
Vorsitzender des Regionalverbands
Südlicher Oberrhein
Postfach 5649
79023 Freiburg

Herrn
Tilman Bollacher
Vorsitzender des Regionalverbands
Hochrhein-Bodensee
Im Wallgraben 50
79761 Waldshut-Tiengen

Frau Landrätin
Dorothea Störr-Ritter
Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Stadtstr. 2
79081 Freiburg

Herrn Landrat
Frank Scherer
Landratsamt Ortenaukreis
Postfach 1960
77609 Offenburg

Herrn Landrat
Hanno Hurth
Landratsamt Emmendingen
Postfach 1120
79301 Emmendingen

Herrn Landrat
Walter Schneider
Landratsamt Lörrach
Postfach 1860
79537 Lörrach

Frau Oberbürgermeisterin
Edith Schreiner
Bürgermeisteramt Offenburg
Postfach 2450
77614 Offenburg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Wolfgang G. Müller
Bürgermeisteramt Lahr
Postfach 2180
77911 Lahr

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Dieter Salomon
Bürgermeisteramt Freiburg
Rathausplatz
79095 Freiburg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Wolfgang Dietz
Stadtverwaltung Weil am Rhein
Rathaus/Postfach 1220
79574 Weil am Rhein

Herrn Bürgermeister
Karl Langensteiner-Schönborn
Bürgermeisteramt Lahr
Postfach 2180
77911 Lahr

Herrn Bürgermeister
Heinrich Dix
Bürgermeisteramt Ringsheim
Postfach 57
77975 Ringsheim

Herrn Bürgermeister
Dietmar Benz
Bürgermeisteramt Mahlberg
Postfach 1165
77972 Mahlberg

Herrn Bürgermeister
Ernst Schilling
Bürgermeisteramt Herbolzheim
Postfach 1260
79333 Herbolzheim

Herrn Bürgermeister
Matthias Guderjan
Bürgermeisteramt Kenzingen
Postfach 1119
79337 Kenzingen

Herrn Bürgermeister
Michael Schlegel
Bürgermeisteramt Reute
Hinter den Eichen 2
79276 Reute

Herrn Bürgermeister
Lars Brügner
Bürgermeisteramt Vörstetten
Postfach 51
79277 Vörstetten

Herrn Bürgermeister
Josef Hügler
Bürgermeisteramt March
Rathaus
79232 March

Herrn Bürgermeister
Werner Laub
Bürgermeisteramt Umkirch
Rathaus
79224 Umkirch

Herrn Bürgermeister
Jörg Czybulka
Bürgermeisteramt Schallstadt
Postfach 62
79225 Schallstadt

Herrn Bürgermeister
Dr. Ekkehart Meroth
Bürgermeisteramt Bad Krozingen
Postfach 180
79189 Bad Krozingen

Frau Bürgermeisterin
Katrin Schönberger
Bürgermeisteramt Hartheim
Postfach 1012
79257 Hartheim

Herrn Bürgermeister
Jürgen Ehret
Bürgermeisteramt Heitersheim
Postfach 1163
79419 Heitersheim

Herrn Bürgermeister
Harald Kraus
Bürgermeisteramt Eschbach
Rathausplatz 4
79427 Eschbach

Herrn Bürgermeister
Johannes Ackermann
Bürgermeisteramt Buggingen
Postfach 40
79426 Buggingen

Herrn Bürgermeister
Dr. René Lohs
Bürgermeisteramt Müllheim
Postfach 1164
79371 Müllheim

Herrn Bürgermeister
Fritz Deutschmann
Bürgermeisteramt Auggen
Hauptstr. 28
79424 Auggen

Herrn Bürgermeister
Werner Bundschuh
Bürgermeisteramt Schliengen
Rathaus
79418 Schliengen

Herrn Bürgermeister
Dr. Christoph Hoffmann
Bürgermeisteramt Bad Bellingen
Rathaus, Rheinstr. 25
79415 Bad Bellingen

Herrn Bürgermeister
Wolfgang Fürstenberger
Bürgermeisteramt Efringen-Kirchen
Rathaus
79588 Efringen-Kirchen

Herrn Bürgermeister
Klaus Eberhardt
Stadtverwaltung Weil am Rhein
Rathaus/Postfach 1220
79574 Weil am Rhein

z.K.

Herrn
Armin Schuster, MdB
Hans-Dürremer-Weg 10
79576 Weil am Rhein

Herrn
Dr. Rüdiger Grube
Vorsitzender des Vorstands
der Deutschen Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

Herrn Präsident
Gerald Hörster
Eisenbahnbundesamt
Vorgebirgsstraße 49
53119 Bonn

Frau
Ute Kumpf, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Uwe Beckmeier, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Martin Burkert, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Winfried Hermann, MdB
Vorsitzender des Verkehrsausschusses
des Deutschen Bundestags
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Alexander Bode, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn Staatssekretär
Ernst Burgbacher, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Frau
Sibylle Laurischk, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Frau
Elvira Drobinski-Weiß, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Gernot Erler, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Frau
Kerstin Andreae, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Peter Weiß, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Frau
Birgit Homburger, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Thomas Dörflinger, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Peter Friedrich, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Andreas Jung, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Peter Hauk, MdL
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Frau
Marianne Wonnay, MdL
Dorfstr. 64
79312 Emmendingen

Herrn
Dr. Klaus Schüle, MdL
Wahlkreisbüro
Postfach 715
79098 Freiburg

Herrn
Gundolf Fleischer, MdL
Im Gaisgraben 11a
79219 Staufen

Herrn
Christoph Bayer, MdL
Bahnhofstr. 19
79189 Bad Krozingen

Herrn
Bernhard Schätzle, MdL
Breisgauer Str. 52
79110 Freiburg

Herrn
Reinhold Pix, MdL
Eisenbahnstr. 19
79241 Ihringen

Herrn
Dieter Ehret, MdL
Fischerweg 12
79367 Weisweil

Herrn
Volker Schebesta, MdL
Heizengasse 12a
77654 Offenburg

Herrn
Marcel Schwehr, MdL
Im Erle 16
79346 Endingen a.K.

Herrn
Ulrich Lusche, MdL
CDU-Kreisverband Lörrach
Luisenstr. 6
79539 Lörrach

Herrn
Rainer Stickelberger, MdL
Birkenstr. 46
79576 Weil am Rhein

Frau
Edith Sitzmann, MdL
Landtagsbüro
Haslacher Str. 61
79115 Freiburg

Frau
Bärbl Milich, MdL
Rathausgasse 6
79292 Pfaffenweiler